

Kopie: Pressestelle SPD-Parteivorstand pressestelle@spd.de

Sehr geehrter Herr Knuth,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Anfrage!

Noch müssen sich alle weitere zwei Wochen bis zum Beschluss des SPD-Programmes gedulden. Ich freue mich sehr, dass wir als SPD dem männer*-Magazin dennoch im Voraus die eingeschickten Fragen beantworten konnten. Sie finden die Antworten in Folge.

Mit herzlichen Grüßen

Florian Schurig

1. **Grundgesetzänderung:** Forderung nach Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um den Schutz von LSBTIQ*.

- Antwort:

Wir wollen den Schutz vor **Diskriminierung im Grundgesetz (GG) explizit auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität erweitern**. Artikel 3 Abs. 3 GG werden wir daher entsprechend erweitern.

2. **Reform des Abstammungsrechts/Familienrecht:** Forderung nach **diskriminierungsfreier Anerkennung aller Familienformen**.

3. **Unterpunkte:...**

Frage 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet

Wir wollen dafür sorgen, dass **Diskriminierungen queerer Familien („Regenbogenfamilien“) im Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben** werden. Deshalb haben wir uns die rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen zum Ziel genommen. In den letzten Jahren sind wir bei vielen Dingen wichtige Schritte vorangekommen. Deshalb kämpfen wir weiter dafür, dass queere Familien auch im Familien- und Abstammungsrecht vollständig gleichgestellt werden. Die Details und Konstellationen werden wir ausführlich und unter Beteiligung der queeren Interessensvertretungen so regeln, dass das gesetzte Ziel für eine breite Mehrheit der Regenbogenfamilien oder der Paare, die eine solche gründen wollen, erreicht wird.

4. **Demokratieförderung:** Forderung nach Weiterführung des Bundesprogramms "Demokratie leben!" Schwerpunkt queere Projekte (In Berlin wird gerade die gesamte Jugendarbeit gestrichen).

- Antwort:

Die SPD setzt sich mit Nachdruck für die Weiterführung eines Bundesprogramm nach Vorbild von „Demokratie leben!“ ein. Quasi als Erfinder der Bundesprogramm für Demokratie (wir haben das erste Bundesprogramm bereits 2001 auf den Weg gebracht) wollen wir diese wichtige Förderung der (demokratischen) Zivilgesellschaft fortführen. Wir wollen aber nicht nur dafür sorgen, dass über die Förderung von Projekten der Bund Verantwortung für die Demokratie übernimmt. Wir wollen, dass er auch zivilgesellschaftliche Strukturen stärkt. Dazu haben wir ein Demokratiefördergesetz vorgelegt. Leider ist dieses am Widerstand der FDP

gescheitert und nicht beschlossen worden. Der Entwurf liegt vor, so dass wir in der kommenden Legislaturperiode dieses wichtige Vorhaben schnell umsetzen können.

Besonders wichtig ist uns, dass queere Projekte gezielt gefördert werden, um Homo-, Bi- und Transphobie sowie jeglicher Form von Intoleranz entschieden entgegenzutreten. Wir kämpfen für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft und werden alles dafür tun, dass „Demokratie leben!“ ein zentraler Bestandteil unserer Demokratieförderung bleibt.

5. **Asylrechtsreform** – Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan für Queers fortsetzen

- Antwort:

Das Bundesaufnahmeprogramm (BAP) wird weiterhin umgesetzt. Bereits erteilte Aufnahmezusagen sind rechtlich verbindlich. Ziel des Programms ist es, besonders exponierte Afghaninnen und Afghanen zu schützen, die aufgrund ihrer Tätigkeit oder ihrer Identität gefährdet sind. **LGBTIQ-Personen** werden dabei als besonders vulnerable Zielgruppe berücksichtigt, was in der Aufnahmeanordnung ausdrücklich festgelegt wurde.

Bereits vor dem BAP wurden ähnliche Zielgruppen über das Überbrückungsprogramm und die Menschenrechtsliste aufgenommen, wobei mehrere Tausend Personen, einschließlich LGBTIQ-Personen, nach Deutschland einreisen konnten. Insgesamt haben seit der Machtübernahme der Taliban rund **35.000 gefährdete Personen** Schutz in Deutschland erhalten.

Die Möglichkeit zur Aufnahme schwuler Männer besteht also im Rahmen des BAP fort, sofern sie die genannten Voraussetzungen erfüllen und die schwierigen Ausreisebedingungen in Afghanistan überwunden werden können.



Florian Schurig

Referent der Pressestelle

